„Kreativ sparen! – Handlungsspielräume erhalten!“

Rede von Ratsmitglied Udo Weinrich, „Bürgeraktion Hilden“, in der 37. Ratsitzung am 01. April 2009 zur Haushaltssatzung 2009 und mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2012:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ein Haushaltsentwurf ist immer ein Kompromiss zwischen Pflicht und Kür. Dieser Haushalt folgt nur in Teilen den Grundsätzen der „Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit“. Während die Städte in unserer unmittelbaren Nachbarschaft von den Folgen der Finanzkrise mit voller Wucht getroffen werden, wähnt Hilden sich offenbar auf einer Insel.

Denn für dieses Jahr rechnet der Kämmerer mit noch höheren Gewerbesteuer-Einnahmen als im Rekordjahr 2008 zunächst veranschlagt waren. Der Planansatz für 2009 wurde „optimistisch eingeplant“, – so der Kämmerer in seiner Einbringungsrede im Dezember 2008 – und weist mit 51 Mio. EUR den höchsten Ansatz in einem Haushaltsplan aus.

Der Ergebnishaushalt ist nicht ausgeglichen. Noch immer sind in Hilden die Aufwendungen höher als die Erträge. Das ist aber kein Naturgesetz, sondern eine hausgemachte Schiefelage!

Nur durch Entnahme von fast 1 Mio. EUR aus der Ausgleichsrücklage, durch eine Kürzung der Gebäudesanierungsaufwendungen um eine 1 Mio. EUR und durch pauschale Kürzungen von rd. 120.000 EUR beim Büromaterial und bei den Geschäftsausgaben ist der Ausgleich zwischen Aufwendungen und Erträgen künstlich und notgedrungen hergestellt. Diese Sparbemühungen sind zwangsläufig, aber sie sind bloße Reflexe, weil sie keinem Konzept folgen.

Gestatten Sie mir deshalb an dieser Stelle einen Hinweis auf die tatsächliche – nicht auf die offiziell verkündete und geschönte! – Verschuldungssituation unserer Stadt, die den Rahmen für unsere Entscheidungen bilden sollte.

Bei kaufmännischer Betrachtung hat Hilden bereits heute Verbindlichkeiten in Höhe von insgesamt rd. 75 Millionen EUR zu schultern:

Es gibt vier Dimensionen dieser Verschuldung:

1. Die Verschuldung der Stadt am Kreditmarkt: Diese beträgt wegen der einmaligen Steuerermehreinnahmen bei Einkommens- und Gewerbesteuer von rd. 5,8 Mio. EUR zurzeit rund 24,7 Mio. EUR.
2. Die Verschuldung durch ausgelagerte „Schattenhaushalte“ der städtischen Tochtergesellschaften wächst. Sie betrug zum 31.12.2007 bereits rund 50 Mio. EUR. Tendenz auch hier: Steigend.
3. Die Verpflichtungen aus Pensionslasten, die im vorläufigen Jahresabschluss für 2007 mit Rückstellungen in Höhe von rd. 50,5 Mio. EUR ausgewiesen sind, wachsen stark an. Im Jahr 2007 nahmen sie um rd. 1,5 Mio. EUR zu. Jahr für Jahr müssen deshalb steigende Beträge in ei-

nem Pensionsfonds angelegt werden: von rd. 1,6 Mio. EUR in 2009 auf 1,84 Mio. EUR in 2012. Bereits heute fließen im Finanzhaushalt von 1 EUR, den die Stadt in die Hand nimmt, 18 Cent in die Bedienung der Pensionslasten. Tendenz auch hier: Steigend.

4. Die „innere“ Verschuldung durch Sanierungsstau: Die Sanierungsrückstände an den öffentlichen Gebäuden erreichen zusammen ca. 2,3 Mio. EUR. Dies ist eine Verschuldung durch Verlust von Vermögenswerten.

Trotzdem wird von anderen Fraktionen weiter gefordert, werden Mehrausgaben verlangt, beantragt und beschlossen. Das kann nicht richtig sein. Das ist ein Riesenwunschkonzert auf Pump!

Es sind Wahlkampfzeiten. Das sind keine guten Voraussetzungen für seriöse Haushaltsberatungen, zumal sich SPD und CDU schon vor Beginn der Ausschlussdiskussionen auf eine Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf geeinigt hatten.

Die CDU hält den Haushalt für „grundsolide“ und hat zugleich erklärt, dieser biete für die Politik „kaum Handlungsspielraum“. Wie passen diese Feststellungen zusammen?

Über die Widersprüchlichkeit der FDP-Forderungen kann man nur den Kopf schütteln: Steuern senken wollen, einen Schuldenabbau fordern und im gleichen Atemzug mit einer Flut von zumeist schlecht abbeschriebenen Anträgen auf den Haushalt draufsatteln, das funktioniert nun einmal nicht. Vielleicht hat die FDP das auch insgeheim eingesehen und es deshalb vorgezogen, den Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss fernzubleiben. Von der SPD haben wir seit Jahren noch nicht einen Einsparvorschlag gesehen.

Mit Ausnahme der „Bürgeraktion Hilden“ fordert hier jeder Mehrausgaben, aber keiner fühlt sich verantwortlich für die Folgen. Da wurden offenbar alle Schulen und Vereine besucht, Wünsche eingesammelt und ungefiltert als Anträge weitergegeben. Und dann wundert man sich, wenn die Aufwendungen steigen!

Wenig Verständnis haben wir für Anträge von SPD, CDU und Grünen auf Reduzierung der Kindergartengebühren ohne Gegenfinanzierungsvorschlag. Es gibt eine Allparteien-Koalition, die sich von der Absicht, ernsthaft eine Haushaltskonsolidierung anzustreben, wohl endgültig verabschiedet hat.

Auch bei populären Vorschlägen muss aber die Frage beantwortet werden, wie diese finanziert werden sollen. Die SPD schweigt sich darüber aus, wie der Einnahmeausfall von mehr als 400.000 EUR bei gleich bleibenden oder sogar steigenden Sach- und Personalkosten ausgeglichen werden soll.

Mit Annahme unseres Antrags, die bereits in 2008 erweiterte Beitragsbefreiungsgrenze in einem ersten Schritt künftig 25.000 EUR/Bruttojahreseinkommen anzudehnen, hätten mehr als 30% der Kinder die Kindertageseinrichtungen kostenfrei besuchen können. Das hätte eine Ausweitung des Kreises der Beitragsbefreiten um rd. 9% bedeutet.

Der damit verbundene Einnahmeausfall von rd. 47.000 EUR – so die Berechnung der Stadtverwaltung – könnte für 2009 vollständig gegenfinanziert werden, und zwar durch Verzicht auf die Aufwendungen für den Ausbau des westlichen Straßenabschnitts „Schönholz“ (83.000 EUR). Nach dem Plan der Verwaltung soll der östliche Abschnitt nämlich erst ab 2010 ausgebaut werden.

Unser Vorschlag verbessert die soziale Symmetrie und folgt dabei dem Konzept einer nachhaltigen Finanzpolitik. Er ist ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, weil er unmittelbar denjenigen zugute kommt, die buchstäblich mit jedem Cent rechnen müssen.

Meine Damen und Herren,

gegen unsere Stimmen ist das vor einem Jahr einstimmig beschlossene Schul- und Gebäudeunterhaltungsprogramms für 2009 um mehr als 1 Mio. Euro gekürzt worden. Unter Hinweis auf die finanzielle Situation der Stadt hat die Verwaltung einerseits diese Kürzung vorgeschlagen. Andererseits hat der Sportdezernent im klaren Widerspruch zum Haushaltsentwurf des Bürgermeisters und des Kämmers einen Beschlussvorschlag für eine neue Dreifach-Sporthalle für mehr als 5 Millionen Euro vorgelegt.

Fast alle reden nur über das Für und Wider einer Dreifach-Sporthalle. Aber die Stadt könnte bei der Sanierung von Schulgebäuden nicht nur beschäftigungspolitische, sondern auch ökologische Akzente setzen. Im städtischen Gebäudebestand gibt es noch erhebliche Einsparpotenziale durch energetische Vorhaben, die jetzt durchs Konjunkturpaket gefördert werden. Hier könnten wir zu dauerhaften Einsparungen bei den Betriebskosten kommen.

Zwei Jahre, nachdem der Stadtentwicklungsausschuss vor dem Hintergrund unseres, für manche hier im Rat zu umfangreichen Antrags zum Thema „Kyoto-Protokoll auch in Hilden umsetzen!“ entsprechende Grundsatzbeschlüsse gefasst hat, stehen wir hier immer noch am Anfang. Eine Energiebilanz, die – als Basis für die Entwicklung einer verbindlichen klimapolitischen Konzeption – zuverlässige Daten zur Erstellung einer Hildener CO²-Bilanz liefern würde, liegt immer noch nicht vor.

Vor zwei Jahren hatte der Stadtentwicklungsausschuss unseren Antrag, städtische Gebäude mit Öko-Strom zu versorgen, ebenfalls abgelehnt – mit grüner Unterstützung. Zwei verlorene Jahre liegen hinter uns, liegen hinter einer Stadt, die dem „Klimabündnis“ beigetreten und damit die Selbstverpflichtung eingegangen ist, die Emissionen von CO² pro Einwohner, deren Höhe wir nicht kennen, bis zum Jahr 2010 zu halbieren und später schrittweise zu senken. Übrigens: In der Rangliste der bei der Solarenergienutzung erfolgreichsten Kommunen in Deutschland, die in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Umwelt-Hilfe“ erstellt wird, belegt Hilden unter 1326 Kommunen lediglich einen enttäuschenden 1069. Platz!

Beim Thema „Öko-Strom“ bewegen Sie sich zwar endlich, angetrieben durch die öffentliche Debatte – aber Sie bewegen sich im Kreis. Denn was die Grünen als „Kompromiss“ bezeichnen,

entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Mogelpackung, die wir zurückweisen!

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktionsvorsitzende hatte den Kämmerer vor einem Jahr aufgefordert, für den Haushalt 2009 eine stärkere eigene Handschrift zu entwickeln und dabei als Ziel vorgegeben, den Haushaltsausgleich auch real zu erreichen, also nicht durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage..

Herr Klausgrete hat bei diesem Haushaltsentwurf durchaus Mut besessen und dort Akzente gesetzt, wo sein Vorgänger noch jeden Wunschzettel seiner SPD und der CDU in den Etat aufgenommen und sich anschließend hinter den Ratsbeschlüssen versteckt hatte.

Dieser Kämmerer setzt Prioritäten, zeigt Flagge und macht sich dadurch nicht bei allen beliebt. Wir erkennen ausdrücklich an, dass Herr Klausgrete sich beispielsweise bei der Fabricius-Sporthalle unter ausdrücklichem Hinweis auf wirtschaftliche Gründe für eine Sanierung ausgesprochen hat. Wir teilen seine Einschätzung, dass es beim Thema Neubau/Erweiterung des Museums aufgrund der aktuellen Finanzlage nur darum gehen kann, Baurecht zu schaffen. Wir wundern uns, dass seine Zurückhaltung bei der Bereitstellung von Mitteln für die „große Lösung“ bei der Herrichtung des Bahnhofsumfelds nur bei uns die Bereitschaft zum „Abspecken“ geweckt hat.

Nicht gelungen ist dem Kämmerer der von der CDU von ihm für 2009 eingeforderte reale Haushaltsausgleich. Dieser wird nur auf dem Papier erreicht – unter anderem durch unterlassene Gebäudeunterhaltung. Den Ansprüchen der CDU wird der Haushalt auch in diesem Jahr nicht gerecht. Aber Sie werden ja trotzdem zustimmen...

Zustimmen werden Sie auch einer Finanzplanung, in der die Abschreibungen in 2012 bereits 7% der ordentlichen Aufwendungen darstellen werden. Und darin sind Abschreibungen für eine neue Dreifach-Sporthalle aber noch nicht enthalten! Zusammen mit den Aufwendungen für Mieten, wie z. B. für die millionenteure Feuerwache oder das Gemeindehaus Schulstraße, werden am Ende dieses Finanzplanungszeitraums rd. 8% der ordentlichen Aufwendungen gebunden sein, und zwar – darauf hat der Kämmerer uns alle ausdrücklich hingewiesen – „über Jahrzehnte“. Ich zitiere Herrn Klausgrete:

„Die Beträge können dabei nicht wegdiskutiert und auch nicht per Beschluss reduziert werden. Jede Investition, die Sie zusätzlich beschließen, erhöht diesen Betrag und engt Ihren Handlungsspielraum auf Dauer weiter ein.“

Wir folgen auch diesem Rat des Kämmerers. Wir wollen den Handlungsspielraum auf Dauer erhalten. Der Kämmerer hat uns allen vorgerechnet, dass – als Faustregel! – jede weitere Investition über 100.000 EUR den Ergebnishaushalt mit höheren Abschreibungen von 4.000 EUR pro Jahr verschlechtert, und zwar über den gesamten Abschreibungszeitraum hinweg. Die 5 Mio. EUR für eine neue Dreifach-Sporthalle würden den Abschreibungsbedarf auf einen Schlag um rd.

200.000 EUR pro Jahr erhöhen, und zwar über einen Abschreibungszeitraum von 50 Jahren.

Haben diejenigen, die für einen Hallenneubau eintreten und sich Sportvereinen zum Teil populistischer Manier an den Hals werfen, auch einmal darüber nachgedacht, wie der damit verbundene Folgeaufwand finanziert werden soll, ganz zu schweigen von später anfallenden Unterhaltungsmaßnahmen? Ist den Befürwortern dieser Neubaumaßnahme bewusst, dass die Kommunen – also auch Hilden – vom Konjunkturpaket auch durch Mindereinnahmen betroffen sind? Ist Ihnen bewusst, dass die Steuerentlastungen und der einmalige Kinderbonus 2009 zu Steuermindereinnahmen führen werden? – Der Städte- und Gemeindebund NRW hat es uns vorgechnet: In 2009 werden den Gemeinden 712 Mio. EUR fehlen; Tendenz steigend. Offensichtlich gilt für alle anderen Fraktionen hier das Motto: *„Wir denken nicht an den Haushalt der Zukunft, wir denken nur bis zur Kommunalwahl!“*

Über 5 Mio. EUR für eine neue Sporthalle, während an der Instandhaltung bestehender Sporthallen gespart wird, sind doch purer Irrsinn! Statt weitere Sporthallen für immer weniger Schüler/innen zu bauen, statt in Beton zu investieren, wo eine Investition in die Köpfe wichtiger wäre (Stichwort: Mehr Lehrer!), gilt es, auf dringenderen Handlungsbedarf zu reagieren:

Nach Angaben der Stadtverwaltung müsste fast die Hälfte des Straßennetzes in Hilden schnellstens saniert werden. Nach Berechnungen des Tiefbauamts müsste die Stadt in den nächsten zehn Jahren rund 13,6 Mio. EUR aufwenden, um ihre Straßen zu erhalten bzw. zu unterhalten. Werden die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen um drei Jahre verschoben, hat das einen Mehraufwand von 1,8 Mio. EUR, über zehn Jahre, zur Folge. Statt diesen Einsichten und Erkenntnissen Taten folgen zu lassen, setzt die Stadtverwaltung offenbar darauf, ihre jahrelangen Unterlassungssünden bei der Instandhaltung unserer Straßen auf Kosten der Anwohner/innen aus der Welt zu schaffen, wie das Beispiel Hoffeldstraße zeigt.

Und ein Blick in die von der Stadt in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Stadtentwässerung, vorgelegt im Mai 2006 und seitdem immer wieder von der Tagesordnung gekegelt, führt zu folgenden ernüchternden Erkenntnissen:

1. Der Netzzustand ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt als schlechter einzustufen.
2. Hilden hat einen hohen Anteil an Kanalnetzen mit sofortigem Handlungsbedarf.
3. Die Abschreibungen auf Anlagegüter des Kanalnetzes haben seit 2001 über den Investitionen ins Anlagevermögen gelegen, sprich: Das Kanalnetz verfällt, das Anlagevermögen schrumpft.

Die Gutachter haben der Stadt ins Stammbuch geschrieben:

„(...) in das Kanalnetz (wurde) weniger investiert (...) als notwendig gewesen wäre, um den Substanzerhalt des Kanalnetzvermögens sicherzustellen. (...) Das Kanalnetz der Stadt Hilden weist daher einen entsprechenden Erneuerungs- bzw. Instandhaltungs- und Reparaturstau auf.“

Der sofortige Investitionsbedarf wurde bereits vor rund drei Jahren mit rd. 18 Mio. EUR angege-

ben. Es ist anzunehmen, dass sich der Zustand unseres Kanalnetzes seit 2006 nicht verbessert hat. Aber der Stadtverwaltung ist dieses Thema im Wahljahr zu heiß. Offenbar setzt man darauf, dass irgendwann der Handlungsdruck wegen der unterlassenen Erneuerungen und Instandhaltungen so groß ist, dass eine willige Ratsmehrheit die rettende Hand eines „strategischen Partners“ ergreift – wie ein Ertrinkender einen Rettungsring.

Und noch auf einem weiteren Gebiet sehen wir Handlungsbedarf. Mit dem Anteilsverkauf der Stadtwerke Hilden sind quantitativ und qualitativ höhere Anforderungen an Beteiligungsmanagement zu erwarten. Die Tätigkeit des städtischen Beteiligungsmanagements ist aber nicht näher geregelt. Ein ausgefeiltes Beteiligungscontrolling für die Stadtwerke ist nicht eingerichtet.

Die „Bürgeraktion“ fordert alle Fraktionen dazu auf, den Forderungen des Prüfberichts des Rechnungsprüfungsamtes zum städtischen Beteiligungsmanagement nachzukommen. Es sollte doch mittlerweile jedem klar geworden sein, dass die städtische Beteiligungsverwaltung personell und qualitativ verstärkt werden muss, um den gestiegenen und weiter steigenden Anforderungen gerecht werden zu können.

Meine Damen und Herren,

wir appellieren an Sie, Ihrer Verantwortung für die Zukunft der städtischen Finanzen gerecht zu werden und – Konjunkturpaket hin oder her! – mit uns eine Gestaltungsmehrheit zu bilden: für die finanzpolitische Vernunft, für die Instandsetzung und für die Erneuerung der vorhandenen Infrastruktur.

Wir hatten zum Haushaltsentwurf Streichungen mit einem Gesamtvolumen von rd. 750.000 EUR beantragt. Diesen Kürzungen hätten Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt nur rd. 63.000 EUR gegenüber gestanden. Unsere moderaten Vorschläge scheiterten bis auf einen Antrag samt und sonders.

Wir freuen uns, dass es offensichtlich einen Konsens über die Notwendigkeit gibt, für die Fläche zwischen Albert-Schweitzer-Schule und Fabricius-Halle einen städtebaulichen Wettbewerb für ein Modellprojekt „Nachhaltiges Bauen“ auszuschreiben. Wir sind auch bei diesem Thema zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und allen anderen Fraktionen bereit.

Wir werben seit Jahren für eine Verständigung auf eine Liste unabweisbar notwendiger Investitionen, die das Wunschkonzert beenden soll. Diese Prioritätenliste sollte dazu dienen, alle Fraktionen haushaltspolitisch „an die Leine“ zu nehmen, um so zu erreichen, dass auf Anträge, die die Verschuldung nach oben treiben, nicht nur im Wahljahr verzichtet wird.

Wer allen alles verspricht – weniger Schulden, niedrigere Steuern, kostenlose Kinderbetreuung und X-fach Turnhallen vom Feinsten –, der wird langfristig alle enttäuschen und betrügen. Wer mehr Güter verbraucht als er erzeugt, wer höhere Aufwendungen hat als er an Erträgen buchen kann, der enteignet die Stadt und kommende Generationen. Er tut dieses schleichend, aber nachhaltig.

In dieser Situation, in der die Folgen der Finanzkrise für den Haushalt der Stadt und für die Arbeitsplätze in Hilden nach gar nicht in ihrem vollen Umfang abzusehen sind, ist die Bewahrung des Erreichten das Maximum des Erreichbaren!

Statt zu viele und zu kostspielige Projekte gleichzeitig zu verfolgen und Folgekosten aufzuhäufen, für die nachfolgende Generationen aufkommen müssen, wollen wir kreativ sparen, um dem Rat Handlungsspielräume zu erhalten oder zurückzugeben.

Wir stehen für einen klaren, berechenbaren Kurs: Unser Nein zu diesem Haushalt ist zugleich ein Ja zu einer Haushaltspolitik mit sozialer Verantwortung. Dafür suchen wir eine Mehrheit im Rat. Dafür stellen wir uns den Wählerinnen und Wählern!